



Helga und Rolf Zeißig von der BI „Kein CO₂-Endlager Altmark“ bringen die Ordner zur Poststelle des Vermittlungsausschusses.



Christfried Lenz übergibt vor dem Bundesratsgebäude Resolutionen an die Linke-Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann.

Resolutionen auf dem Tisch

Altmärkische CO₂-Gegner versorgten Vermittlungsausschuss mit Lesestoff

hob Salzwedel / Berlin. Die Bürgerinitiativen gegen CO₂-Verpressung aus Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Brandenburg forderten am Mittwoch vor der Sitzung des Vermittlungsausschusses in einer gemeinsamen Erklärung die Bundesregierung wiederholt auf, ein CO₂-Endlager-Unterlassungsgesetz zu verabschieden.

Vor dem Bundesrat in Berlin

protestierten etwa 100 Vertreter von Bürgerinitiativen sowie Mitglieder von BUND und Greenpeace gegen die geplante Verpressung. Dort nahm die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann (Linke) einen dicken Ordner entgegen: Die Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager Schleswig-Holstein hatte gut 380 Seiten Resolutionen und Statements gegen CCS aus Europa gesammelt und für je-

des der 32 Mitglieder des Vermittlungsausschusses zusammengestellt. Mitglieder der BI gegen die CO₂-Endlagerung Altmark hatten schon am Nachmittag die 32 Ordner in der Poststelle des Bundesrates angeliefert. So waren diese rechtzeitig zum Beginn der Sitzung auf dem Tisch.

„Obwohl die Verklappung von CO₂ in Deutschland weder bei den Bürgern noch bei der

Politik Rückhalt genießt, betreiben die Konzerne weiterhin massive Lobbyarbeit“, kritisierte Sylvia Wadewitz von der Bürgerinitiative „CO₂ntra Endlager“ aus dem Oderbruch. So wurde unlängst bekannt, dass bereits Planungen für ein europäisches CO₂-Pipelinennetz laufen und die Kosten dafür dem Steuerzahler aufgebürdet werden sollen, so die Sprecherin weiter.